

# Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegramm-Adresse  
Tageblatt Riesa.

Bernsprechstelle  
Nr. 20

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 169.

Montag, 24. Juli 1893, Abends.

46. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Strehla, den Ausgabestellen, sowie am Schalter der Kaiserl. Postanstalten 1 Mark 25 Pf., durch die Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Ausgaben-Maut für die Nummer des Ausgabetages bis Sonntag 9 Uhr ohne Bewährung.

Druck und Verlag von Langer & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Kastanienstraße 59. — Für die Redaktion verantwortlich: Herm. Schmidt in Riesa.

## Tagesgeschichte.

Die Ministeranklage in Serbien. Die serbische Volksvertretung hat das frühere liberale Ministerium Avalanowitsch in Anklage zu stande gebracht. Am vergangenen Mittwoch ist auch der Antrag auf Verbannung der beiden Regenten Ristitsch und Belimarkowitsch gestellt worden. Die radikale Kammer hält mit der Zeit der Regierungsherrschaft scharfe Abrechnung und auch Garaschanin und Christitsch, obwohl die Ministerwirtschaft beider einer früheren Zeit angehört, sollen sich nicht ganz sicher fühlen. — Die jetzige Verfassung, auf Grund welcher die Ministeranklage erhoben wird, verdankt dem Ex-König Milan ihre Entstehung. Milan glaubte vor seiner Abdankung sich selbst und seinem Sohne zu rüsten, wenn er dem Lande eine Verfassung gäbe, wie sie vor der großen Mehrheit des Volkes guttheiligen werden würde. Sie ist denn auch ganz in radikalem Sinne ausgestaltet. Als Milan abdankte, meinte er die Zukunft seines Sohnes am besten dadurch zu sichern, daß er nicht etwa auch radikal gesinnte Regenten einsetzte — nein, er entnahm die Regenten durchweg der liberalen Partei. Dadurch entstand doch, was kommen mußte. Die Kammer nötigte zur Bildung radikaler Ministerien und diese defendieren sich mit dem Regenten stets im — wenn auch nur versteckt — Kriegszustande. — Durch die Gegenhärtigkeit der beiden Gewalten konnte keine sowohl erfürchten, um der Krise gefährlich zu werden. Soweit stimmt die Rechnung Milans und der Zustand hätte auch wohl bis zu der von der Verfassung festgelegten Großjährigkeit des jungen Königs Alexander angehalten, wenn nicht inzwischen einer der Regenten, Christitsch gestorben wäre. Verfassungsgemäß hätte nun die Kammer einen dritten Regenten erwählen müssen; indessen die Herren Ristitsch und Belimarkowitsch wollten keinen radikalen Collegen, wie ihnen ein solcher doch zweifellos von der Kammer geboten worden wäre. Daraum zögerten sie und machten Winfelzäge, die das Ministerium Parisisch, daß das Vertrauen der Kammer besaß, mit seinem Rücktrittsgeuch beantwortete. — Zu allgemeiner Überraschung wurde das Urteil genehmigt, und ein neues und zwar liberale Cabinet unter Avalanowitsch berufen. Bei den von diesem geleiteten Neuwahlen sollte eine liberale Mehrheit statt der bisherigen radikalen herankommen und um eine solche zur Zuständigkeit seiner Auftraggeber zur erreichen, ließ das liberale Ministerium sein Mittel unverachtet: Ausschreitungen ärgerster Art, Wahlunterschreibungen, Freiheitsentziehungen, Word und Todtchlag bildeten ihr Arsenal. Es ist bekannt, wie der Staatsstreich des jungen Königs den drohenden inneren Unruhen Serbiens schnell ein Ende mache. Die Regenten wurden verhaftet, die liberalen Minister entlassen und der unverschämte Volkswillie lebte eine Strophitina mit starker radikaler Mehrheit. — Es wäre nun zu wünschen gewesen und war auch anfänglich versprochen worden, daß man das Vergangene vergessen wolle. Tatsächlich die politische Nachsicht ist eines reisen Volkes unwürdig; die schlimmsten Leidenschaften werden aufgetäuscht und wenn der Tiger einmal Blut geleckt hat, läuft es ihn auch nach zu eckern. Davon mußte Garaschanin, der Führer der Fortschrittspartei, eine Vorempfindung haben, als er mit allen Mitteln seiner Veredelung sich gegen die Erhebung der Anklage erklärte. Denn Garaschanin trägt die Verantwortung für den Krieg mit Bulgarien und die schimpfliche Niederlage der Serben bei Sliwitscha (1885). Aber auch Christitsch, der als Minister 1883 über die damals bei der Wahl unterlegenen Radikalen ein strenges Gericht gehalten, mag gegenwärtig ziemlich unruhig sein. — Wie die Affäre ausläuft, läßt sich noch nicht voraussehen, denn die leidenschaftliche Erregung macht Empfindungen und Anschauungen lustig, die sich sonst still zurückhalten. Bei der Debatte über die Ministeranklage sind sowohl republikanische Tendenzen wie auch eine starke Zuneigung zu dem schwärzen Georg, dem Prinzen Karageorgewitsch zu Tage gefördert worden, was dem jungen Könige Alexander recht fatal sein mag. Wenn die Wogen höher schlagen, kann die Krone des Sohnes Nataliens und Milans leicht in Gefahr kommen. — Man hat in Serbien sehr häufig den Wandel der Volksmeinung erlebt. Fortschrittspartei, Überzeugung und Radikalismus — für unsere deutsche Auffassung nur Abstürze ein und derselben Farbe, die verschiedene Farben — haben abwechselnd die Mehrheit gehabt und haben

in der Regierung gesessen. Eine Vergeltung, wie sie jetzt die Radikalen an ihren politischen Gegnern üben, war aber bisher noch nicht da und es steht zu fürchten, daß dadurch die Verfassungspolitik der jeweiligen Partei zum System erhoben wird. Dem inneren Frieden des Landes kann das nun und immer dienen.

**Deutsches Reich.** In dem Befinden des Reichskanzlers Grafen von Caprio ist eine wesentliche Besserung eingetreten. Se. Excellenz ist seit Freitag im Stande, nicht nur im Zimmer, sondern auch im Garten zunächst für kurze Zeit, spazieren zu gehen.

Über einen deutsch-französischen Grenzschwischenfall berichtet der Frankfurter Polizeibericht. Nach Mittheilung der Polizeidirection May wurde der Reisende B. Stoltz von Frankfurt a. M. mit drei anderen Reisenden gelegentlich eines Ausfluges in den Ort Biouville von französischen Soldaten angegriffen. Die Behörde ersucht Herrn Stoltz und seine Begleiter, sich zu melden.

Auf Veranlassung des Reichskanzlers wird gegenwärtig in allen Staaten des Reiches eine Schönheitskasse hergestellt und die höheren und niederen Verwaltungsbeamten werden um ihre Gutachten zur Sache ersucht. Wie verlautet, soll die Regierung mit dem Gedanken umgehen, eine Anpassung des holländischen Systems auf unsere Verhältnisse vorzuschlagen, d. h. die concessionirenden Behörden in Zukunft an bestimmte Verhältnisziffern zwischen Einwohnerzahl und Schanzstättenzahl, sowie an bestimmte örtliche Bedingungen zu binden.

Die colonialpolitischen Besprechungen haben in dem neuen Reichstage einige beredte Vertreter, namentlich die Herren Deichselhäuser und Scipio, eingebüßt, wie andererseits auch ihr bestiger Gegner, Bamberger, ausgeschieden ist. Neue Sachkenner auf colonialpolitischem Gebiet sind in den nationalliberalen Abgeordneten Hoffe und Wünck-Herber ins Parlament eingetreten. Die Stellung des Reichstages zu den colonialpolitischen Fragen dürfte durch die Neuwahlen keine wesentliche Veränderung erfahren haben.

Der bekannte Politiker Dr. Ludwig Bamberger beging am Sonnabend in seiner Sommerfrische zu Interlaken seinen 70. Geburtstag. Die freisinnige Presse feiert ihn namentlich wegen seiner Verdienste um das Minz- und Bantwesen und wegen seines Kampfes gegen die Colonialpolitik.

Das amtliche Ergebnis der in Neuettin stattgehabten Reichstagswahl stellt sich wie folgt: Abgezogen wurde: insgesamt 8479 Stimmen. Davon erhielt Dr. Paul Förster, Professor in Friedenau (Antisemit), 6518, Hofprediger a. D. Stöcker in Berlin (conservativ) 1906 Stimmen. Dr. Förster ist mithin gewählt. — Bei der Wahl in Alsfeld erhielt nach den bis jetzt vorliegenden Nachrichten der Reformer Bindewald 3108, Bachaus 1951, Wilbrand 1132 und Brandt 300 Stimmen.

**Frankreich.** Der siamesische Gesandte in Paris, Prinz Bodhana, erklärte sich bereit, die von Frankreich geforderte Geldentschädigung von drei Millionen bei einer Pariser Bank zu hinterlegen. Es zweifelt Niemand an der vollständigen Unterwerfung Siam unter die Forderungen Frankreichs. — Nach einer (wenig glaubhaften) Meldung aus Paris soll Develle die amtliche Nachricht erhalten haben, daß das russische Geschwader aus den chinesischen Gewässern demnächst in Siam eintreffen werde, um Frankreichs Forderungen zu unterstützen. — Nach einer Meldung des Reuters-Bureaus aus Bangkok vom 22. d. M. 10 Uhr 40 Min. Abends wurde die Antwort der siamesischen Regierung auf das Ultimatum Frankreichs gestern nach Paris abgeliefert. Siam will das Gebiet am linken Ufer des Mekong einschließlich Sung, Treng und Khong abtreten, sowie den Schadeneratz zahlen, wofür die im Ultimatum geforderten 3 Millionen Franken hinterlegt werden sollen. Die siamesische Antwort gewöhrt die Hoffnung auf einen friedlichen Ausgleich. — In Dahomey scheint den Franzosen trotz ihrer stolzen Siegesberichte doch noch nicht alles nach Wunsch zu gehen. Das Ministerium hat beschlossen, den General Dodds wieder nach Dahomey zu entsenden, und zwar schon zu Anfang nächsten Monats. — Die äußerste Linie hat in ihrem Wahlprogramm folgende Forderungen aufgestellt: Ausschluß aller Republikaner, die mit den "Befehlten" zusammengehören wollen; Reform des Steuersystems; Revision der Verfassung in der Richtung, daß aus derselben die monarchischen Überbleibsel entfernt werden; unentgeltliche Rechtspflege; sociale

Reform, nicht im sozialistischen Sinne, sondern im Sinne größerer Bewegungsfreiheit jedes einzelnen Bürgers; schließlich Assoziationsgesetze zur Vorbereitung der Trennung von Kirche und Staat. — Die Kammer bewilligte am Freitag einen Credit von 5 Millionen Franc für die durch die Dürre geplagten Landwirthe.

**Rußland.** In Moskau wird für das nächste Jahr eine große sibirische Ausstellung geplant, welche das Publicum mit diesem fernen Lande näher bekannt machen soll. Es werden zu dem Gebäude die verschiedenen Abteilungen auf der Ausstellung eingerichtet werden: historische, die die Geschichte Sibiriens von seinen ersten Anfängen anschaulich machen, naturwissenschaftliche, geologische, industrielle u. s. w. Man verspricht sich von dem Unternehmen, an dem in den Ministerien engagiert gearbeitet wird, großen Erfolg, namentlich im Hinblick auf die Colonisation, die zu beiden Seiten der großen Eisenbahnlinie geplant wird.

**Portugal.** Aus Lissabon wird vom Freitag gemeldet: Als der König gestern aus dem Theater nach dem Palast in Sintra zurückkehrte, sah er, wie ein Individuum einen Mann lebensgefährlich verwundete. Der König und sein Ordonaço sofort nahmen den Verbrecher fest.

**Schweden-Norwegen.** Das norwegische Storting geht immer radicaler vor; nachdem es schon die Apanage des Königs und des Kronprinzen bedeutend herabgemindert hat, strich es auch die 25 000 Kronen Taschengelder, die bisher den Ministern zustanden. — Unter den Eisenbahnarbeitern bei Querubben in Schweden ist es zu bedenklichen Kämpfen gekommen. Der Lehnsmann in Vitea hat drastisch die Gehaltsverwaltung in Vitea um militärische Hilfe ersucht.

## Bei Bismarck.

Achtundhundert Braunschweiger aus Stadt und Land machten am Freitag, wie schon gemeldet, mittels Sonderzuges eine Huldigungsfahrt zum Fürsten Bismarck. Gegen 1 Uhr trafen die Theilnehmer in Friedrichsruh ein. Justizrat Schmitz hielt eine schwungvolle Ansprache, in welcher er der Huldigung für den Einiger des Reichs und dem Unbehagen über den neuen Eures Ausdruck gab. Er schloß, es gebe Höheres als Parteipolitik und Interessensvertretung: Das sei das Vaterland, das der Fürst wieder habe erischen lassen. Nach dem mit endlosem Jubel aufgenommenen Hoch auf den Fürsten wurde von einer Ehrenjungfrau der Fürstin gedacht. Dann ergriff Fürst Bismarck das Wort zu einer bedeutsamen Rede, die überwiegend politischen Charakters war. Der Fürst bemerkte eingangs derselben, daß er aus allen Bundesstaaten, mit alleiniger Ausnahme desjenigen, dem seine engere Heimat angehöre, Kundgebungen des Wohlwollens und der Anerkennung erhalten habe. Dann kam der Fürst auf die Militärvorlage und die Abstimmung Herbert Bismarcks zu sprechen, wobei er ausführte, daß derselbe für die Vorlage gestimmt habe, weil er die Verantwortung für die Folge der Ablehnung nicht auf sich nehmen wollte, für die Folgen, welche nicht notwendig daraus hervorgehen müßten, sondern welche nach allgemeinen Andeutungen die Regierung mutmaßlich daran läuft. Er betonte dann des Weiteren, er sei nicht der Meinung, daß die Begeisterung, die uns mit den 60er und 70er Jahren in die Einheit hineingetragen habe, in der Gesamtheit des Volkes vermindert sei, sie sei nur in ihrer äußeren Wahrnehmbarkeit vermindert, der Kanal, in dem sie strömt, sei schmäler geworden. „Schmäler, wodurch?“ Durch die Zurückhaltung der parlamentarischen Körperschaften. Ich habe von der Zeit an, wo ich aus dem Dienste geschieden, zuerst einer studentischen Deputation in Kissingen gegenüber die Meinung ausgesprochen, festzuhalten an der Verfassung und an den Rechten, welche dieselbe jedem Einzelnen verleiht. In demselben Sinne habe ich mich vor einem Jahre in Jena ausgesprochen, daß wir in heutigen Zeiten das Bedürfnis fühlen, daß die parlamentarische Mitwirkung sich schärfer accentuiere. Statt dessen ist diese einigermaßen rätselhaft geworden von dem Augenblick an, wo der Reichstag auf die Autorität, welche ihm die Verfassung verleiht, verzichtete und gewissermaßen abdizirte. Es war das in dem Moment, als er sich gefallen ließ, eine so wichtige Vorlage, wie die Handelsverträge, die vorher ganz geheim gehalten wurden und ihm gänzlich unbekannt waren, obgleich sie für ein längeres Studium gelten sollten, in acht Tagen zu erledigen. Die Volksvertreter waren nicht im